Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 2

Artikel: Ein radikaler Wandel, so oder so
Autor: Steiger, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144021

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Steiger

Ein radikaler Wandel, so oder so

In einem Text, der im Mai 1996 in den Neuen Wegen erschienen ist, machte sich Hans Steiger seine Gedanken zu Ökonomie und Ökologie angesichts der verwirrenden Vielfalt an Informationen und Kommentaren über den globalitären Markt und seine Folgen. Die Nachrichten über den Zustand der Welt liessen unseren Freund eine Position zwischen Hoffnung und Resignation einnehmen. Nach drei Jahrzehnten aktiven Politisierens, davon zwölf Jahre parlamentarischer Arbeit im Zürcher Kantonsrat und im Nationalrat, blieben die vergangenen Monate für Hans Steiger eine Zeit des Beobachtens und intensiver Lektüre. Wir veröffentlichen hier eine Kette kommentierender Notizen, ohne strenge Systematik und Schlussbilanz, aber mit Querbezügen. *Red.*

Ende des Wunders

«Schlechte Aussichten» – einzige Hoffnung? So setzte ich mit Blick auf die Wirtschaftsprognosen für 1996 beim letzten Text für die Neuen Wege den Titel. Er war ohne jeden Zynismus, unsicher formuliert. Heute liesse ich das Fragezeichen weg; die Gänsefüsschen blieben. Dem ökonomischen Abschwung ist zu verdanken, dass die Entwicklung ökologisch nicht rasanter in falscher Richtung weiterlief. Und wenn zunehmend wieder über *Alternativen* zum Ankurbeln und Deregulieren sowie zum Lobpreis des Marktes nachgedacht wird, dann hat das damit zu tun, dass der Glaube an eine Lösung unserer Probleme auf diesem Weg allgemein schwindet.

Offiziell ist das Ende des Wunders zwar noch nicht verkündet, im Gegenteil. Dazu ist es zu früh. Denn *dauerhafte Stagnation* ist «in den Modellen und Rezeptbüchern der Ökonomen nicht vorgesehen», stellte Hanspeter Guggenbühl, als selbstdenkender Wirtschaftsjournalist inzwischen nicht nur in linken Blättern gedruckt, kürzlich in einer Recherche fest. Wie eine optimale Sicherung von Wohlstand, Arbeit und staatlichen Leistungen zu erreichen wäre, falls die Volkswirtschaft nicht weiter wachsen sollte, mochte Henner Kleinewefers von der Uni Freiburg zum Beispiel nicht sagen, «da es unmöglich ist». Bei anderen tönte es ähnlich: eine völlige Katastrophe, nicht denkbar. Stephan Vaterlaus, Direktor der Konjunkturforschung Basel, wies die Frage mit dem Vorwurf von sich, sie sei «defensiv, destruktiv und resignativ».

Glücklicherweise gibt es unter Wirtschaftsfachleuten schwarze Schafe. Einige arbeiten im *Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie*. Die zu Beginn des Jahres vorgelegte Studie über ein «Zukunftsfähiges Deutschland» ist exemplarisch für das konstruktive Denken in Alternativen. John Stuart Mill, «einer der Urväter der liberalen Ökonomie», wird dort als Zeuge für die Warnung zitiert, dass es «eine gewisse Konkurrenz zwischen bedingungsloser Wachstumsorientierung und der geistigen, moralischen und sozialen Weiterentwicklung der Menschheit» gebe. Wie wahr!

Heute zeigen sich zudem die *ökologischen Schattenseiten* der ungezügelten Marktwirtschaft, die «Masslosigkeit, Entgrenzung und Zerstörung kultureller Vielfalt». Nicht einmal «Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne» wäre bei einem weiteren Wachstum zu erwarten. Ob die marktwirtschaftliche Systemlogik völlig unvereinbar mit Zukunftsfähigkeit ist, wird in der Studie offengelassen, das «wissen wir nicht – und können es nicht wissen». Aber mit relativer Sicherheit sei die ökologisch notwendige Verbrauchsreduktion von Energie und Stoffen zu benennen. Gelinge

das nicht innerhalb der Systemdynamik, müssten «andere Wege des Wirtschaftens überlegt werden». Noch sei der Umbau ohne Bruch nicht ernsthaft versucht.

«Faktor 4» wird missbraucht

In der Schweiz haben weder diese Studie noch die von Entwicklungs- und Umweltorganisationen bei uns präsentierten Gedanken zur Nachhaltigkeit viel Echo gefunden. Dafür kam eine Publikation, die den Präsidenten des Wuppertal Instituts zum Mitautor hat, in aller Munde: «Faktor 4». Mit den vom amerikanischen Pionierpaar Lovins präsentierten technischen Beispielen und *«doppeltem Wohlstand» bei «halbiertem Naturverbrauch»* im Untertitel lud sie zum Missbrauch geradezu ein.

Ernst Ulrich von Weizsäcker macht zwar im zweiten Teil deutlich, dass Gewinne der Effizienzrevolution *in globalem Massstab zu verteilen* wären und das Problem unseres Lebensstils keineswegs lösen. Doch das interessiert wenig, wenn nur ein grünes Mäntelchen für Wachstumsparolen gesucht ist. Von der Parteizentrale der Schweizer Sozialdemokratie wird das Buch prompt so vermarktet. Zweifel, ob es die Verantwortlichen ganz gelesen haben, sind erlaubt.

Mit der Wahl von Barbara Haering als SPS-Generalsekretärin könnte sich hier etwas ändern. Ihr ist sehr bewusst, wie eine noch nicht sehr alte Kolumne zeigt, dass wir «Nullwachstum haben – bereits seit Jahren». Das mit der Formel vom Faktor 4 in Aussicht gestellte Wachstum stehe Ländern des Südens zu: «Wir im Norden werden unsere sozialen Probleme ohne entscheidendes zusätzliches Wachstum lösen müssen.» Ohne einen grundlegenden Wertewandel, «den bereits die Umweltbewegung der 70er und 80er Jahre forderte», gehe das nicht.

Die Debatte um ökologisch und sozial vertretbare globale Wege ist überfällig. Vielleicht könnte das Jahrbuch Arbeit und Technik zur «Zukunft der Industriegesellschaft» als Auslegeordnung dienen. Gegen fünfzig Beiträge zeigen das Spektrum von Problemen und Positionen aus dem rotgrünen Bereich. Für alle Autoren, leider nur vereinzelt Autorinnen, sind tiefgreifende Veränderungen, «die notwendigen wie die tatsächlichen», unbestritten. Eine weitere gemeinsame Feststellung der Analyse ist, dass die Politik kaum noch gestaltend in die Dynamik eingreift und das *Kapital als mächtigster Faktor* dominiert: «In einer pluralistischen Gesellschaft mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Institutionen und Akteure muss das nicht notwendig so sein – aber es ist so.»

Reichlich optimistisch schätzt Ulrich Beck die Macht von Akteuren einer *«Weltbürgergesellschaft»* abseits herkömmlicher Stellvertreterpolitik ein. Beispiele dafür sind ihm die Proteste gegen Shell und Chirac im vergangenen Jahr. Bei globalen Gefahren würden nationale Grenzen überwunden, Moral setze sich gegen Expertenrationalität durch. Er unterschlägt die Tücken einer solchen «politischen Augenblicksgemeinschaft» nicht, ihre Abhängigkeit von medialer Vermittlung, ihre beschränkte Konsequenz, fragt aber zurück: «Warum darf der Käuferboykott nicht genauso hilflos und widersprüchlich sein wie die reguläre Politik?» Und natürlich werde es auch diese in einer von unten wieder belebten Demokratie weiter brauchen.

Otto Ullrich, der Autor mit dem radikalsten Ansatz, ein Ingenieur und Soziologe, plädiert für eine *Abkehr vom kapitalistischen Weg* der «Grossen Industrie». Die auch vom Sozialismus an das Programm der Industrialisierung geknüpften Hoffnungen seien verflogen. Weltweit hätten Verelendung und Naturzerstörung sich vermehrt. Nun müssten die «Denkblockaden durch den Fortschrittsmythos» gelöst werden, um nicht tiefer in die Sackgasse zu geraten. Voraussetzung für das Wiedergewinnen einer politischen Gestaltung der Gesellschaft sei «ökonomisch-technische Abrüstung». Ziel eine vielfältige *Nahraumökonomie*. Wo noch Weltmarkt bliebe, wäre dieser bei weniger Druck durch Exportabhängigkeiten mit einer ökologisch orientierten Erdpolitik in internationalen Gremien zu steuern.

Nachhaltigkeiten

Interessant, wie das seit Rio durchaus populäre Postulat des nachhaltigen Wirtschaftens bei seiner Konkretisierung in verschiedenste Nachhaltigkeiten zerfällt. Jan Priewe setzt über seine Betrachtung als Titel: «Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Ökologie – ein magisches Dreieck?» Sein erster Abschnitt heisst «Drei Probleme, keine Lösung». Klar nur, dass künftig «wachstumsneutralen Beschäftigungsoptionen» mehr Aufmerksamkeit zu widmen ist. Diese aber wären sozial brisant und erforderten stärkere, nicht weniger *politische Regulierung*.

Joseph Huber beschreibt polemisch drei denkbare Strategien. Stichworte sind Suffizienz, Effizienz, Konsistenz. Die erste ordnet er als «Verzichtsstrategie» den Ausläufern der Drittwelt- und Ökologiebewegung zu. Sie habe im gegebenen Umfeld keine Chance. Konzepte aus dem Wuppertal Institut inklusive Faktor 4 wären näher bei der Realpolitik. Huber wittert aber «Ressourcenkommunismus». Er propagiert einen dritten Weg, will die vorhandenen Probleme ohne Zwangsmassnahmen «mit den Mitteln der modernen Wissenschaft, Wirtschaft und Technik überwinden». Im hinteren Teil des Jahrbuchs, wo es um die Modernisierung der Wirtschaft geht, finden sich solche *technokratischen Ansätze* wieder.

Die im gleichen Buch zuvor gelesenen Texte erlauben es kaum, solchen Rezepten zu glauben. Die grossen Wunder der *Telekommunikation* zum Beispiel wurden mehrfach entzaubert. André Gorz beschrieb die Erwerbsarbeit als wackelige Basis für den Zusammenhalt der Gesellschaft und Robert Heilbroner, aus amerikanischer Sicht, die Zerstörungskraft des entfesselten Kapitalismus. «Wettbewerbsfähigkeit» als Doktrin, so Paul Krugmann, wäre eine gefährliche Wahnvorstellung, «die einfache Antworten auf komplexe Probleme verspricht». Nationen seien keine Unternehmen.

Joseph Huber mag zwar richtig sehen: «Der Vormarsch des Nützlichkeitsdenkens und verweltlichten Glückseligkeitsstrebens hält weltweit ungebrochen an. Es könnte wahr sein, dass weniger besser wäre. Wenn aber die grosse Mehrheit der Menschen auf ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe nicht daran glaubt, kann man darauf auch keine Politik gründen, jedenfalls keine vernünftige und gewaltfreie Politik.» Sie bleibe solange unrealistisch, als nicht «extreme äussere Krisenbedingungen» derartige Veränderungen erzwingen. Haben wir denn noch immer *nicht Krise genug?*

Vertrauensverlust und Proteste

Ich will *Meinungsumfragen* nicht überschätzen, aber dass die «Weltwoche» repräsentative Mehrheiten meldete, für die «freie Marktwirtschaft» primär Unsicherheit und Vernichtung von Arbeitsstellen bedeutet, erstaunte Ende Oktober kaum noch. Niemand konnte in den Wochen davor all die erschlagenden Zeilen über Verluste von Arbeitsplätzen und Gewinne an der Börse übersehen. Viele spüren den Druck tagtäglich. Zwei spektakuläre Demonstrationen fanden statt. In meiner Lokalzeitung hatte ich gelesen: «Bauern und Arbeiter müssten endlich zusammenstehen und gemeinsam gegen die Mächtigen, die Marktdiktierer vorgehen.» Der es schrieb, steht der SVP nah. Er war an der *Bauernkundgebung*, die im Tränengas unterging.

Schadenfroh? Nein, die Nachrichten jenes Tages versetzten mich eher in die Stimmung enttäuschter Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche mit der unbestimmten Erwartung nach Bern gekommen waren, ein starker Auftritt könnte etwas gegen die beängstigende Entwicklung in ihrem Lebens- und Arbeitsbereich bewirken. Funktionäre missverstehen Menschen gern als *Fussvolk,* das im Politikspiel nach taktischem Belieben mobilisiert wird. Denen, die kamen, war es wohl mehrheitlich ernster. Was sie erlebten und danach in den Medien sahen, muss ihnen entsprechend bitter vorgekommen sein.

Mich beelendete, in der linken Presse das böse Wort von der *«Subventionsempfänger-Randale»* zu lesen. Natürlich

lassen sich seitenverkehrte Hetzparolen von Agrarfunktionären danebenstellen. Natürlich ist Kritik an der Politik des Bauernverbandes berechtigt. Natürlich steht mir die Kleinbauern-Vereinigung näher. Doch wenn von dort ein Versand kommt, der mit «Randalieren nützt nichts» als Schlagzeile zu Spenden für die hängige Initiative aufruft, ist auch das billig und dumm. Karl Schweri von der Denner AG, bei diesem Vorstoss der potente Partner, wütet gleichzeitig in ganzseitigen Inseraten gegen «Bürokraten mit hohen Löhnen». Die sollten sich «nach Stellen umsehen, an denen sie keinen Schaden mehr stiften». Sie hätten die Bauern zu lange «an der Futterkrippe des Staates genährt». Jetzt sind Weltmarkt und Freihandel angesagt.

Als ich am Samstag der gleichen Oktoberwoche bei der *Kundgebung der Gewerkschaften* selber vor dem Bundeshaus stand, war ich zwar froh, ohne Tränengas zu bleiben. Auf selbstgefällige Sprüche, nun wäre bewiesen worden, dass es «auch friedlich» ginge, hätte ich bei den Reden gerne verzichtet. Wie auf die entsprechenden Kommentare in den Medien. Ein alter Graben wurde vertieft, statt Brücken zwischen Opfern der in vielem gleichen Dynamik zu schlagen.

Also die Welt ändern?

Es gab eine Zeit, wo das weniger lächerlich wirkte. In meiner Wohnung hängt seit zwei Jahrzehnten ein Plakat. Ähren in einer Hand, der Kreis dahinter kann die Sonne sein, unten der Boden, gefurcht. *Welternährungskonferenz in Rom. 1974.* Es werde am Ende des Jahrtausends kein Mensch auf dieser Erde hungrig zu Bett gehen, versprachen die Erklärungen damals. Pathetisch wie die Grafik. Aber irgendwie haben wir – jedenfalls bei weitem nicht nur ich – daran geglaubt. Ich habe das Zeichen der Hoffnung nie von der Wand nehmen mögen.

Als ich vom neuen *Welternährungsgipfel* hörte, den «Hunger auszurotten» sei prioritär und bei den Unterernährten müsse bis 2015 die halbe Milliarde unterschritten werden, löste das nur noch Bitterkeit aus. Wenn der eingangs zitierte Hanspeter Guggenbühl zu diesem Anlass in einem Weltblatt aus Zürich dokumentieren darf, «dass das Vieh der Reichen das Getreide frisst, das sich die Armen nicht leisten können», erwarte ich nicht mehr, dies könnte genug Reiche erreichen und erschüttern. Hauptsorge ist jetzt, dass wir bei den Reichsten bleiben. Zudem soll Vieh, das wir fressen, kein Gesundheitsrisiko sein.

Optimistisch wirkt auch die Bilanz nicht, die das *Institut für Entwicklung und Frieden* in «Weltkonferenzen und Weltberichte» zieht. Detailliert betrachtet wird das halbe Jahrzehnt seit 1990. Es habe da «eine neue Generation der Weltkonferenzen» begonnen. Nach der Doppelbelastung des Kalten Krieges und einer konfrontativen Phase des Nord-Süd-Konflikts in den 70er Jahren hätten sie sich «mehr ihrem eigentlichen Sinn und Zweck zuwenden» können. Nach der grossen weltpolitischen Wende sahen viele eine Chance, «praktische Folgerungen aus der prinzipiell längst vorhandenen Einsicht zu ziehen, dass globale Probleme nur durch eine Vertiefung und Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit» zu lösen sind. 1980 und 1987 schon schufen der Brandt- und der Brundtland-Bericht dazu eine Basis.

Der vielleicht wichtigste *Erdgipfel von 1992* brachte den Gedanken der Nachhaltigkeit in eine breite Diskussion, verknüpfte ihn mit Postulaten der Gerechtigkeit. Kommissionen, Institute, Verwaltungen arbeiteten weiter, das internationale Zusammenspiel im Umweltbereich verstärkte sich. Doch auch hier «mangelt es an überzeugenden Aktivitäten zur Umsetzung der Vertragsdokumente». Es ist schwierig, «komplexe Konzepte zu konkretisieren», massive Eingriffe auf allen Ebenen wären nötig. Statt dessen drohen nationale Interessen, in einer sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz «die grossen Projekte in der Entwicklungs- und Umweltpolitik als einsturzgefährdete Ruinen zurückzulassen».

Hoch bewertet wird die neue Rolle der nun in den Konferenzen präsenten und international vernetzten *Nichtregierungsorganisationen*. Menschenrechts- und Um-

weltverbände, entwicklungspolitische Aktionsgruppen übten als «Sauerteig einer Weltöffentlichkeit» gegenüber der Staatenwelt eine immer wirksamere Korrektivfunktion aus. Damit nähmen sie ein Stück weit vorweg, was eine Commission on Global Governance theoretisch diskutierte und 1995 im Bericht zur «Nachbarschaft in der einen Welt» als Architektur skizzierte.

Ein schmaler, schwieriger Weg

Wie schmal der Durchgang vom Jetzt zur denkbaren, wenn auch nicht planbaren Alternative ist, zeigt das Wuppertaler Paperback über «Ökologische Wirtschaftspolitik». Drei an der grossen Nachhaltigkeits-Studie des Instituts beteiligte Autoren gehen darin nüchtern und beschwörend zugleich den Chancen einer Umsetzung nach. Es ist für sie der einzig menschenwürdige Weg *«zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe»*. Sie verwenden dafür das Bild von Scylla und Charybdis und zeigen Klippen, Untiefen und Schwierigkeiten des Navigierens noch und noch. Widerstände sind «tief in unserer Gesellschaft verankert». Ohne plausible Vorstellungen einer «sozial- und wirtschaftsverträglichen» Praxis müssen die ökologisch begründeten Forderungen in einem demokratischen und sozial-marktwirtschaftlichen System scheitern.

Es ist spannend, dem Gedankengang mit stets neuem Wenn und Aber zu folgen, und oft zum Verzweifeln. Eine «möglichst weitgehende Einigung auf ein Konzept» ist Voraussetzung, um unterschiedliche Verhaltensweisen mit festen Leitplanken und klaren Leitbildern zu bündeln. Unternehmen hätten wie die Bürgerinnen und Bürger «eine *Dematerialisierung* der gesamten Wirtschaft» als Ziel zu akzeptieren. Für die industrialisierte Welt meint das eine Verringerung der vom Menschen verursachten Stoffströme «um mindestens den Faktor 10». Dies alles wird im Buch als diffiziles Zusammenspiel gezeigt. Die geeignete Mischung von Massnahmen und Instrumenten müsste sich «mit der Zeit in einem politischen Prozess herauskristallisieren».

Gibt es eine Wahl? Ein radikaler Wandel ist im Gang, so oder so. Sicher lohnt der Versuch, ihm eine neue Richtung zu geben. Ermutigend werden Analysen von Ulrich Beck referiert, für den die laufende Entwicklung in einer Risikogesellschaft mit immer offensichtlicheren «Nebenfolgen» *neuartige Politisierungen* bringt: «Dazu kommt ein ökologischer Bewusstseinswandel der Individuen, so dass die bestehenden Organisationen und Institutionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gegen ein Durchsickern neuer Grundorientierungen und Konfliktfelder nicht mehr gefeit sind.»

Als weitere wichtige Ergänzung kommt aus dem Wuppertal Institut eine Sammlung von Beiträgen über *«Humanökologie»*. Till Bastian etwa fragt hier als Psychologe nach «Wurzeln der Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln», den Gründen ökologischer Unvernunft. Er sieht sie im Bereich einer «Ethik des Herzens». Dort entscheide sich am Ende, ob der Mensch «als rücksichtsloser Imperator oder aber als fürsorgender Treuhänder der aussermenschlichen Natur» auftritt. Was nicht gegen die Form einer «vernunftorientierten Streitkultur» spricht.

Hans Christian Binswanger geht «dem *Menschenbild* herkömmlicher Nationalökonomie» nach. Er ortet hinter Adam Smith und seiner «unsichtbaren Hand», die bei freier Marktwirtschaft alles von selber zum Guten wendet, eine «eigentliche Alternative zum Christentum». Ökonomie mit diesem Geist sei «eine stoische Glaubensgemeinschaft». Doch die sich verstärkenden Weltprobleme offenbaren ihren Irrtum. «Wir müssen auf die ethische Reserve, die zweifellos in jedem Menschen auch enthalten ist, verstärkt zurückgreifen», um sie zu überwinden. Auch für Kurt Egger gibt es hinter fundamentalistischen Wachstumsidealen «eine pseudoregiöse Dimension». Aber die Zweifel wachsen, wenn die Anbetung von «menschen- und naturverachtenden Götzen» apokalyptische Strafen «in Form zerstörter Lebenswelt und verlorener politischer Mündigkeit» nach sich zieht.

Wenn es nicht gelingt, «das Bewusstsein für die Grundlagenkrise» zu schaffen, so

Ernst Ulrich von Weizsäcker in seinem Geleitwort, «dürfte es auch auf der für das Wuppertal Institut vertrauteren Ebene der pragmatischen Lösungsvorschläge keine nennenswerten Fortschritte geben». Eindrücklich zeigt das Beispiel von Vandana Shiva aus Indien, wie sich eine Akteurin mit Basis in der lokalen Landwirtschaft *gegen das Diktat von Weltbankstrategen* stellt: «Für uns bedeutet der Schutz des einheimischen Saatguts mehr als das Bewahren eines Rohstoffes vor der biotechnologischen Industrie.» Es gehe um «andere Denkansätze über Natur und andere Produktionsformen», um Uniformität oder Vielfalt.

Rio könnte der Grundstein sein

Basis für eine *weltweite Wende* hätte Rio werden können. Eine spezielle Analyse der bisherigen Folgen liegt mit «Klimapolitik» vor. Bilanz ziehen der Koordinator von einschlägigen Aktionen der deutschen Umweltverbände und eine Mitarbeiterin des Umweltbundesamtes in Berlin auf drei Ebenen: Deutschland, Europa, International. Dreimal ist das Resultat «niederschmetternd». Und trotzdem: «Auf dem Erdgipfel wurde mit den Konventionen zum Klimaschutz, zur Artenvielfalt und dem globalen Aktionsprogramm Agenda 21 der Grundstein für die Umweltpolitik des 21. Jahrhunderts gelegt.»

Tatsächlich wäre die Umweltpolitik wohl auch in der *Schweiz* ohne diesen Anstoss noch mehr «ins Stocken geraten», wie René L. Frey sich auszudrücken beliebt. Er steuert das Vorwort zu einem der sogenannten Synthesebücher aus dem Schwerpunktprogramm Umwelt des Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bei, das Mitarbeiter seines Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums in Basel verfassten. «Mit erfrischender Unvoreingenommenheit» trügen diese zur Entkrampfung der Situation bei, indem sie Wege für «eine Revitalisierung der Umweltpolitik durch effizienzsteigernde umweltproblemorientierte Innovationen» zeigten. Sie lassen dem modischen New Public Management ein «New Public Environmental Management» folgen. Mehr nicht.

Der zweite, von Experten verschiedener Institute der Universitäten St. Gallen und Bern vorgelegte Band zu «Innovationsstrategien für Unternehmen, Politik und Akteurnetze» spart technisch-organisatorische Fragen nicht aus, unterstellt sie aber umfassend formulierten Zielen der *Nachhaltigkeit*. Sie sind aus den Grundsätzen der Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio abgeleitet, mit neueren Erkenntnissen und Postulaten ergänzt. Es geht darin um Werte wie «die Würde des Menschen», welche «eine lebenswerte Natur- und Kulturlandschaft» verlangt. Auch für kommende Generationen!

Die bisherige Ausbeute aller Massnahmen in der Schweiz bleibt nach dem Urteil der Autoren ein Scheinerfolg, solange in zentralen Bereichen – beim Verbrauch von Energie, Grundstoffen, Boden, im Verkehr – keine Entlastung erreicht wird. Ohne *zielgerichtete Grobsteuerungen* bekommen wir «die heute existierenden Marktwirtschaften der hochindustrialisierten Welt» ökologisch nie in den Griff. Nach dem Urteil der Studie ist das angewandte Instrumentarium der Feinsteuerung «von einer geradezu systematischen Hilflosigkeit gegenüber Problemverschiebungen sowie Wachstumseffekten».

Für die alte Forderung einer *ökologischen Steuerreform* – «ein Imperativ» – wird auf neue Argumente gesetzt. Absurd, diese umweltpolitisch zentrale Massnahme wegen der wirtschaftlichen Lage aufzuschieben, denn sie wäre zugleich ein ideales Mittel gegen wachsende Arbeitslosigkeit: «Die Nachteile dieser Innovation werden in der politischen Diskussion erstens überschätzt und zweitens mit einer vermeintlich günstigeren Alternative verglichen, die nicht existiert!» Nur, wer bringt das den Verantwortlichen bei?

Im abschliessenden Text eines SPP-Themenhefts zum Aspekt der «Interdisziplinarität» heisst es dazu: «Seit Ende der 80er Jahre mehren sich die Stimmen, wonach die westlichen Demokratien nicht mehr in der Lage seien, den global-ökologischen Her-

ausforderungen der Menschheit entgegenzusteuern.» Reinhard Mocek, der Verfasser, nimmt diese Stimmen ernst. Wo die Wissenschaft in den Institutionen an Grenzen stösst, müssten Kenntnisse direkter in die Gesellschaft, zu den Betroffenen, getragen werden. Gegen «das faktische Ausgeliefertsein an die Staatsexperten» könnte dies Hilfe sein, «ohne sich auf eine parteipolitische Linie einlassen zu müssen».

Lebensmodelle ausprobieren

Dass es vielversprechende Übergänge *von der Wissenschaft zur alternativen Praxis* gibt, zeigt eine Textsammlung, die zum 60. Geburtstag von Rudolf Bahro erschien. Als linker Querdenker zu DDR-Zeiten wurde er bei uns 1977 bekannt durch «Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus», dann verhaftet und in den Westen abgeschoben. Nach der Wende begann Bahro als Professor an der Humboldt-Universität in Ostberlin erneut nach der Alternative zu fragen. «Kommune wagen», dies der Titel von Thesen «über die Richtung der sozialen Alternative» zu dem, was in der nun ungeteilt materialistischen Gesellschaft «einer Krebsgeschwulst nicht unähnlich» wuchert. Für ihn ist an diesem System «die Krise noch das Hoffnungsvollste». Sie bietet eine Chance.

Den *alten Krisenabwehrstrategien* spricht Bahro nicht jede Berechtigung ab: «Wir wollen denen, die sie weiter praktizieren, gar nicht in den Arm fallen, ihnen von Fall zu Fall auch unsere Hilfskraft leihen, schon damit wir nicht in die zeitliche Lücke zwischen zu schnellem Verfall der alten und zu langsamem Aufbau der neuen Sicherungen fallen.» Hauptsache aber muss für ihn letzteres sein. Das praktische Experiment «eines Lebens jenseits der geltenden zivilisatorischen Normen und Berufskarrieren», welches sich «dem industriellen Goliath» kulturell entgegensetzen lässt.

Faszinierend ist dokumentiert, wie hier die Theorie schrittweise in Praxis überging. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident in Sachsen, als CDU-Mann aus dem Westen vor Realitäten des Ostens gestellt, zeigte sich 1991 offen für eine von Bahro im öffentlichen Gespräch postulierte «Staatshilfe im Sinne von Starthilfe», bei Wahrung der Autonomie noch zu gründender *Kooperativen*. Mehr als das: «Ich halte die Suche nach solchen Modellen für völlig unverzichtbar.» Dies in der festen Meinung, «dass wir in wenigen Jahren Arbeit, Arbeitssysteme, die Teilhabe an produktiver Arbeit, auch an entgeltlicher Arbeit, anders organisieren werden al s heute». Und er liess sich darauf behaften. 1993 konnte ein breit angelegtes Projekt mit der Wiederinbetriebnahme eines Gutes für «ökologisch-soziale Landkultur» begonnen werden.

Signale, vorsichtig und limitiert und kaum von prominent bürgerlicher Seite, gibt es auch bei uns. *Beschäftigungsprogramme im Umwelt- und Sozialbereich* werden andiskutiert. 1997 wird der Spielraum von der Arbeitslosenversicherung her grösser. Wenn die Privatwirtschaft nicht konkurrenziert wird! Mir ist bewusst, dass es bei genauem Hinsehen auch eine Vielzahl privater Initiativen gibt. In der Öffentlichkeit, in unseren Medien ist davon seltsam wenig zu sehen. Von dem im November in Biel durchgeführten Forum für nachhaltige Entwicklung, das solche Versuche vorstellte und diskutierte, eine kleine Agenturmeldung, wo allgemeine Abhandlungen zur Wirtschaftslage und Krisenberichte fast täglich Seiten füllen. An was liegt das?

Ende November hatte das Schweizer Radio aus wahrlich gegebenem Anlass drei Sendungen rund um Globalisierung, Arbeitsperspektiven, Sozialpartnerschaft im Programm. DRS 1 bat je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum klassischen Gespräch, ein Historiker zeigte die Dimension der Probleme auf, «ohne Lösung dazu». DRS 2 liess dem Mitautor eines Buches *«Globalisierungsfalle»* eine Stunde, um seine Sicht darzulegen. In sich stimmig, nachvollziehbar, nicht als letzte Wahrheit verkauft.

Wie wenn nichts wäre

Es kam der *1. Dezember*, es folgten ihm

die Kommentare. Nun sei die Bahn frei für ein Arbeitsgesetz ohne provokante Spitzen. War da nicht mehr abgelehnt worden? Das knappe Nein zu einem noch gnadenloseren Umgang mit schattenhaften Sündenböcken aus der Fremde wurde als zweiter Sieg mitgefeiert. Für mich eine Niederlage mit höchstem Alarmwert. Andreas Gross, der dies ähnlich einschätzt, berichtete am Dienstag für die DAZ aus den eidgenössischen Räten, dass dort die Botschaften der Volksabstimmung «kein grosses Gesprächsthema zu sein schienen». Eine «seltsame Indifferenz» wie schon in der Woche davor. Und am 5. beherrschte bereits das neue Bodenmann-Spektakel die Szene. Schweiz an Österreich verraten! Werden nun Konsequenzen gezogen? Bundeshausspiele, wie wenn nichts wäre.

Aus diesem Milieu kommt die unerlässliche Zukunftsdiskussion nicht. Eigentlich wissen wir das. Trotzdem ist die Fixiertheit auf dieses enge politische Feld enorm. Wir möchten, ja müssen Probleme delegieren, um nicht völlig überfordert zu sein. Aber wir vergeben damit auch Chancen, den Lösungen näherzukommen. «Bern» – das meint für mich immer mehr alle und alles, ohne allen Schuld zuweisen zu wollen – gehört sicher ganz zentral zu den «politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die den notwendigen Veränderungen im Wege stehen».

Die eben zitierte Formulierung, ohne den Bezug zu «Bern», führt zum letzten Buchhinweis. Angekündigt ist die Studie, welche diese Hindernisse auf dem Weg in «eine zukunftsfähige Schweiz» ausleuchten will, für Januar 1997. Herausgegeben von Ökomedia mit der Erklärung von Bern. Vor allem will die Publikation natürlich zeigen, in welche Richtung die Veränderung gehen sollte und könnte, insgesamt wie «im Alltag jeder und jedes einzelnen». Dass die meisten von uns zur Minderheit gehören, die global gesehen über dem *«Existenzmaximum»* lebt, wird in der Vorschau nicht verschwiegen.

«Zwischen Armut und materiellem Überfluss gibt es Raum für viele unterschiedliche Lebensweisen. Innerhalb dieses Raumes gilt es, eine Existenz aufzubauen, die den Menschen und der Natur eine Chance lässt. Eine Neuverteilung der Ressourcen, weltweit und im eigenen Land, ist unumgänglich geworden.» Das ist eine Feststellung, die heute kaum noch erschreckt. Sie könnte sogar *Hoffnung auf einen Ausweg* aus persönlichen und gesellschaftlichen Sackgassen wecken. Wird der Anstoss wahrgenommen? Werden sich Foren für die Debatte finden? Oder ist es einfach wieder ein gutgemeintes Buch mehr?

Die im Text erwähnten Bücher

«Zukunftsfähiges Deutschland». Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, hg. von BUND und Misereor, Birkhäuser, Basel 1996, 453 Seiten, 34 Franken

Weizsäcker/Lovins/Lovins, «Faktor vier», Droemer Knaur, 1995, 352 Seiten, 45 Franken

«Jahrbuch Arbeit und Technik 1996», Schwerpunktthema: Zukunft der Industriegesellschaft, Dietz, Bonn 1996, 471 Seiten, 35 Franken

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), «Weltkonferenzen und Weltberichte». Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, hg. von Dirk Messner und Franz Nuscheler, Dietz, Bonn 1996, 294 Seiten, Fr. 24.80

Friedrich Hinterberger, Fred Luks, Marcus Stewen, «Ökologische Wirtschaftspolitik». Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe, Wuppertal Paperbacks, Birkhäuser, Basel 1996, 342 Seiten, 34 Franken

«Humanökologie». Beiträge zum ganzheitlichen Verständnis unserer geschichtlichen Lebenswelt, hg. von Hartmut Wehrt, Birkhäuser, Basel 1996, 321 Seiten, 26 Franken

Sascha Müller-Kraenner und Christiane Knospe, «Klimapolitik», Handlungsstrategien zum Schutz der Erdatmosphäre, Birkhäuser, Basel 1996, 240 Seiten, 34 Franken

Schaltegger u.a., «Innovatives Management staatlicher Umweltpolitik», Konzept des New Public Environmental Management, SPP-Synthesebücher, Birkhäuser, Basel 1996, 304 Seiten, 68 Franken

Minsch u.a., «Mut zum ökologischen Umbau». Innovationsstrategien für Unternehmen, Politik und Akteurnetze, SPP-Synthesebücher, Birkhäuser, Basel 1996, 296 Seiten, 68 Franken

«Ökologie und Interdisziplinarität – eine Beziehung mit Zukunft?», SPP-Themenheft, Birkhäuser, Basel 1996, 202 Seiten, 38 Franken

«Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit». Texte von Rudolf Bahro, Kurt Biedenkopf und andern, Edition Ost, Berlin 1995, 266 Seiten, Fr. 26.50

Anna Sax, Peter Haber, Daniel Wiener, «Das Existenzmaximum», Grundlagen für eine zukunftsfähige Schweiz, hg. von Ökomedia und der Erklärung von Bern, Werd-Verlag, Zürich 1997, 168 Seiten, Fr. 29.80.